

„Es wird nicht auf dem Rücken der Kranken gespart“

Interview S.D. des Erbprinzen von und zu Liechtenstein mit dem Liechtensteiner Volksblatt zur KVG-Revision

Interview: Doris Quaderer

Publikation: 12. November 2015

Durchlaucht, gegen die vom Landtag beschlossene Revision des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) ist ein Referendum zu Stande gekommen. In wenigen Wochen wird das Liechtensteiner Stimmvolk darüber abstimmen. Wie beurteilen Sie die Vorlage?

Ich beurteile sie als eine ausgereifte Vorlage, die einen bedeutenden Schritt zur Verbesserung unseres Gesundheitssystems bringen würde. Meiner Ansicht nach wurden nach der Vernehmlassung und im Zuge der ersten Lesung im Landtag viele berechnigte Anliegen der verschiedensten Interessenvertreter angemessen berücksichtigt, ohne dabei die Vorlage problematisch zu verwässern.

Es geht ja darum, die Kosten im Gesundheitswesen in den Griff zu bekommen. Denken Sie, dass dies mit dieser Vorlage gelingen würde?

Wir werden zwar auch in Zukunft mit wachsenden Gesundheitskosten rechnen müssen, weil wir auf einen Teil der Gesundheitskosten kaum Einflussmöglichkeiten haben. Ich denke, die Vorlage sollte aber dennoch einen wichtigen Beitrag leisten können, um den Anstieg der Gesundheitskosten in den nächsten Jahren erheblich dämpfen zu können.

Was passiert, wenn das Referendum angenommen und die Revision des KVG-Gesetzes gekippt wird?

Würde das Referendum angenommen, hätten wir wahrscheinlich in den nächsten Jahren eine politische Blockade des Gesundheitswesens. Angesichts der sehr grossen und stark divergierenden Interessen von Versicherten, Patienten, Krankenkassen, Ärzten und sonstigen Gesundheitsdienstleistern sind Reformen im Gesundheitswesen heute extrem schwierig. Dies hat bereits das Reformvorhaben der letzten Regierung gezeigt, das schon an der Landtagshürde weitgehend gescheitert ist. Die Gefahr wäre gross, dass sich nach einer Ablehnung auf längere Zeit keine Regierung mehr an eine Reform des Gesundheitswesens heranwagen würde, obwohl eine solche dringend notwendig wäre.

Das Referendumskomitee, sprich die Gruppe fl21, wirft der Regierung vor, sich immer mehr aus der Sozialverantwortung zu verabschieden. Die Bevölkerung werde zu einem Kostenfaktor degradiert. Können Sie diese Argumente nachvollziehen? Immerhin haben rund 13 Prozent der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger das Referendum unterzeichnet.

Nein. Ich kann diese Argumente nicht nachvollziehen. Auch nach der Reform haben wir ein Gesundheitssystem mit viel Solidarität, dass erhebliche Finanzmittel von Reichen zu Armen, von Jungen zu Alten und von Gesunden zu Kranken umverteilt. Meiner Ansicht nach wäre es hingegen unsolidarisch und unverantwortlich, wenn wir unser Gesundheitssystem nicht rechtzeitig

reformieren und es durch Untätigkeit zu einem grossen Problem für die zukünftigen Generationen werden lassen.

Sie haben ja in früheren Interviews immer wieder für Eigenverantwortung der Bürger plädiert. Die Gruppe fl21 findet jedoch, dass diese Vorlage nicht zu einem kostenbewussteren Verhalten erziehen würde. Es werde lediglich auf dem Rücken der Kranken und Senioren gespart. Wie sehen Sie das?

Ich teile diese Meinung der Gruppe fl21 nicht. Mir wurde bisher von allen Experten für Gesundheitssysteme bestätigt, dass ein kostenbewussteres Verhalten im Gesundheitswesen nur durch ausreichend hohe Selbstbehalte bzw. Franchisen erreicht werden kann und dass unser heutiges Gesundheitssystem in dieser Hinsicht zu niedrige Selbstbehalte bzw. Franchisen hat. Die Reformvorlage würde vor allem auch in diesem Bereich eine Verbesserung mit mehr Raum für Eigenverantwortung bringen, ohne dabei so weit wie die gescheiterte Reformvorlage der letzten Regierung zu gehen.

Man kann auch nicht sagen, dass auf dem Rücken der Kranken und Senioren gespart wird. Es wird etliche Senioren geben, die besser aussteigen werden als heute. Wer im einen Jahr höhere Krankheitskosten hatte, kann im nächsten Jahr gesund sein und – über einen längeren Zeitraum betrachtet – insgesamt durch niedrigere Prämien profitieren. Bei chronisch Kranken erfolgt ausserdem keine Schlechterstellung im Vergleich zu heute. Insgesamt sollte die Allgemeinheit der Versicherten durch ein kostenbewussteres Verhalten der Versicherten profitieren.

Auch bei der Reform der AHV, welche voraussichtlich im Dezember in den Landtag kommen wird, zeichnet sich eine ähnliche Debatte ab. Auch hier wittern gewisse Kreise Sozialabbau. Die AHV steht ja derzeit noch gut da, ist diese Reform jetzt überhaupt nötig?

Wir haben bei der Pensionskasse der Staatsangestellten erlebt, wie teuer ein Hinauszögern von Reformen im Bereich der Altersvorsorge werden kann. Das Finanzierungsproblem verschwindet durch ein Hinauszögern nicht, sondern wird nur auf zukünftige Generationen verlagert und für diese mit jedem hinausgezögerten Jahr schwieriger zu stemmen sein. Die AHV ist zudem wesentlich grösser als die Pensionskasse des Staatsangestellten und würde wahrscheinlich den Staat überfordern, falls sie in Schieflage geraten würde.

Auch zu der 2. Säule, der Betrieblichen Personalvorsorge, wird im Dezember eine Reformvorlage in den Landtag kommen. Bei Ihrer Thronrede im Januar haben Sie dazu bemerkt, dass die Möglichkeit, das Pensionskassengeld bei Rentenantritt komplett zu beziehen, nochmals durchdacht werden müsste. Sind sie aber grundsätzlich mit der Stossrichtung der Regierung zufrieden?

Mit der grundsätzlichen Stossrichtung der Reformvorlage für die 2. Säule bin ich zufrieden. Sie ist ein bedeutender Schritt in Richtung einer finanziell nachhaltigen Altersvorsorge. Längerfristig werden wahrscheinlich weitere Schritte notwendig sein, die aber ausreichend Vorbereitungszeit benötigen. Angesichts der vorher besprochenen Problematik des Hinauszögerns von Reformen bei der Altersvorsorge ist es aber wichtig, schon heute realisierbare Schritte möglichst rasch umzusetzen, damit man nicht später vor einer zu grossen Hürde steht.

Mit diesen Reformen hat die Regierung einige heisse Eisen aufgegriffen. Sie haben ja bereits mehrfach erwähnt, dass solch unpopuläre Massnahmen notwendig sind, um den Staatshaushalt zu sanieren. Ist die Regierung hier aus Ihrer Sicht auf gutem Weg?

Die Regierung ist grundsätzlich auf einem guten Weg, was die Sanierung des Staatshaushaltes betrifft. Könnte bei der Reform der AHV die Reduktion des Staatsbeitrages aber nicht ungefähr in dem von der Regierung vorgesehenen Ausmass erreicht werden, wäre dies ein grosser Rückschlag für die Sanierung des Staatshaushaltes. Da wir vor allen in Europa immer noch sehr unsichere Zeiten haben, die in nächster Zeit zu weiteren Belastungen für unseren Staatshaushalt führen können, wäre es fahrlässig, auf die noch geplanten Massnahmen zur Sanierung des Staatshaushaltes zu verzichten, auch wenn sie unpopulär sind.